

## **Philippinische Pflegerinnen - kein Patentrezept**

### *Falsche Erwartungen und Befürchtungen um temporäre Migration*

#### **Könnte temporäres Personal aus Staaten wie den Philippinen den Mangel an Pflegefachkräften lindern? Der Gedanke scheint interessant zu sein, stösst aber auf Hindernisse und Kritik.**

C. W. · Wenn es um die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung geht, treten Vorbehalte gegen Ausländer meist zurück. Dies dürfte auch eine Diskussion über die Zulassung von Pflegepersonal aus Nicht-EU-Ländern erleichtern. Ansatzpunkte dafür bilden etwa ein privates Konzept für temporäre Aufenthalte von Fachkräften aus den Philippinen und die laufenden Stages gemäss einem Abkommen mit dem ostasiatischen Inselstaat (NZZ 18. 12. 12). Dieser fördert die kontrollierte Emigration speziell von Gesundheitspersonal, die dem Land durch Geldüberweisungen einen substanziellen Zufluss an Devisen verschafft. Die beidseitigen Interessen scheinen insofern zu konvergieren.

#### **Entwicklungspolitische Kritik**

Medicus Mundi, ein Netz von Organisationen, die im Gesundheitsbereich Entwicklungszusammenarbeit leisten, äussert hingegen in seinem neuesten «Bulletin» starke Bedenken. In den Philippinen, heisst es dort, gäbe es keinen Überschuss an Pflegefachleuten, wenn das Land selber medizinisch genügend versorgt wäre. Die Erwartung einer Stelle im Ausland verleite zudem junge Menschen zu einer aufwendigen Ausbildung und zu weiter qualifizierender Gratisarbeit in einem Spital, ohne dass die Hoffnung immer erfüllt werde.

Gezweifelt wird auch am Sinn von Stages in der Schweiz. Sie sind auf 18 Monate begrenzt, so dass sich das vorgängige Deutschlernen und die Einarbeitung kaum lohnten. Es stehe denn auch - dies die Vermutung - eine Verlängerung der Frist im Raum. Ein neues Abkommen mit den Philippinen müsste auch Leistungen zur Stärkung des dortigen Gesundheitssystems umfassen. Annette Hug, Zentralsekretärin der Gewerkschaft VPOD, lehnt in ihrem Beitrag das Modell insgesamt ab, erwähnt allerdings auch Stimmen aus dem philippinischen Pendant, wonach es heute für viele keine Alternative zur Arbeit im Ausland gibt und vor allem für den Schutz der Migrantinnen zu sorgen ist.

Im Bundesamt für Migration betont man auf Anfrage, dass Stagiaire-Abkommen, wie sie gegenwärtig mit zwölf Nicht-EU-Staaten funktionieren, dem Austausch und der Weiterbildung dienen, und zwar in allen Berufen. Auch im Fall der Philippinen sei es weder beim Abschluss des Abkommens 2002 das Ziel gewesen noch sei es heute die Absicht, die (gewöhnliche) Rekrutierung von Pflegepersonal zu ermöglichen.

#### **Keine Pläne des Bundesamts**

Die Zahl der Stagiaires ist für beide Seiten auf 50 pro Jahr begrenzt; eine Erhöhung ist nach offizieller Auskunft nicht vorgesehen. Frühere Hinweise des Migrations-Botschafters Eduard Gnesa auf ein Interesse an Gesundheitspersonal wären demnach aus der damaligen Lage, als das Abkommen noch kaum genutzt wurde, zu verstehen. So dürften sich auch Gedanken erübrigen, ob die Philippinen für eine Migrationspartnerschaft infrage kämen, wie sie wegen irregulärer Migration mit Balkanländern und Nigeria vereinbart worden ist. Sehr heikel wäre eine Lockerung des Ausländergesetzes für längerfristige Arbeitsaufenthalte. Die Schweiz hat sich im Übrigen politisch auf den Verhaltenskodex der Weltgesundheitsorganisation verpflichtet, wonach auf die Anwerbung von Gesundheitspersonal in Staaten mit eigenem «kritischem» Mangel zu verzichten ist. Ein Problem kann allerdings auch darin gesehen werden, dass wegen ungenügenden Nachwuchses und häufigen Berufsausstiegs Fachkräfte aus dem EU-Raum kommen, wo das Defizit wiederum durch Zuzug aus ärmeren Ländern gedeckt wird.